

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Redaktion Wortplan 15195-97  
Expedition Wortplan 11753-54

Dienstag, den 27. September 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-  
Abteilung Wortplan 11753-54

### Bezugspreis:

Bezugspreis: Einzelheft 10.- M., monatlich 10.- M.,  
frei ins Haus, voraus zahlbar. Vor-  
trag: Monatlich 10.- M., einjährig  
Vierteljahrsweise. Unter Kreuzband für  
Deutschland, Dampis, das Saar- und  
Rheinland, sowie die ehemals deut-  
schen Gebiete Polens, Ostpreußen,  
Litauen und Bessarabien 20.- M., für  
das übrige Ausland 27.- M. Ab-  
bestellungen nehmen an Deutsches  
Litauen, Ostpreußen, Ostpolen, Bessa-  
rabien, Danzig, Pommern, Schlesien  
und die Schweiz.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Wort und Bild“, der Unter-  
haltungsbeilage „Himmel“ und der  
Beilage „Siedlung und Reingarten“  
erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags  
und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“

### Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Komparatabelle  
kostet 6.- M. „Kleine Anzeigen“  
das Setzgedruckte Wort 2.- M. (un-  
abhängig vom Setzgedruckten), jedes  
weitere Wort 1.- M. Stellenanzeigen  
und Stellenanzeigen das erste  
Wort 1.- M., jedes weitere Wort  
60 Pf. Worte über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte. Familien-An-  
zeigen für Abonnenten 50 Pf. Die  
Preise verstehen sich einschließlich  
Anzeigenzusatz.

Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 5 Uhr nachmittags im  
Druckgeschäft, Berlin SW 68, Linden-  
straße 3, abgegeben werden. Bestell-  
zeit von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

## Die Besatzungskosten.

Einer Denkschrift des Reichshochkommissars über die bis Ende  
März 1921 aufgelaufenen Kosten der Rheinlandbesetzung entnehmen  
wir folgende schwindende Zahlen:  
Ausgaben der Besatzungsmächte 3936 954 542 Goldmark,  
Deutschlands Ausgaben 7 313 911 829 Papiermark.

Die Hauptursache für die ins Unermessliche wachsenden Be-  
satzungskosten bildet die mit dem Zweck der Besetzung in keiner  
Weise in Einklang stehende Besatzungsstärke.

Entgegen den Bestimmungen des Rheinlandabkommens und  
dem Inhalt der Besprechungen in Versailles hat die Rheinlandkom-  
mission durch ihre Delegierten eine vollkommen ausge-  
baute Kontrollorganisation für das gesamte besetzte  
Gebiet geschaffen. Es bestehen neben der Rheinlandkommission  
insgesamt 84 Kreisdelegierte und 10 Bezirksdelegierte, von denen  
jeder einzelne mit einem besonderen Stabe von Hilfsoffizieren,  
Sekretären, Dolmetschern und Unterpersonal ausgestattet ist — in-  
sgesamt 1300 Köpfe, ohne Hilfskräfte. Die Einrichtung für das  
französische Mitglied der Rheinlandkommission im Oberpräsidium in  
Koblenz betrug allein 1 331 492 M., es mußten für ihn und  
seinen ständigen Vertreter eingerichtet werden: 17 Wohn-, Rauch-,  
Speisezimmer und Salons, 22 Schlafzimmer (einschließlich für Per-  
sonal), die Wirtschaftsräume. Dabei hat der Herr des Rheinlandes  
noch 300 Köpfe Hilfspersonal. Wie der Herr, so's Gescheh. Was  
die anderen und Unterdelegierten verlangt und erhalten haben, geht  
auf keine Kuhhaut, viel weniger in unseren knappen Raum. So  
mußte z. B. für einen kinderlos verheirateten Dele-  
gierten in Trier ein ganzes Haus bereitgestellt und eingerichtet  
werden.

Über was ist das alles gegen die Ansprüche der Truppen!  
Unterstützt durch die Rheinlandkommission haben die Besatzungs-  
behörden das Recht der Requisition in zahlreichen Fällen vertrags-  
widrig ausgeübt und es insbesondere dazu benutzt, sich Einrichtun-  
gen zu verschaffen, auf die sie nach Artikel 8 des Rheinlandabkom-  
mens entweder gar keinen Anspruch haben, wie z. B. Bor-  
delle, landwirtschaftliche Betriebe usw., oder auf die sie nur  
insoweit Anspruch haben, als die Einrichtungen aus den vor-  
handenen Beständen an deutschen militärischen Anlagen be-  
schafft werden können, wie z. B. Flugplätze, Exerzierplätze,  
Reitplätze, Schießstände, Sportplätze usw. Sie haben das Requi-  
sitionsrecht ferner dazu benutzt, sich den unentgeltlichen  
oder ermäßigten Eintritt in Theater und Kinos, und

ferner dazu, sich das Vergnügen der Jagdausübung zu  
äußerst günstigen Bedingungen zu verschaffen.

Das Reich muß für Zwecke der Erholung der Truppen nur  
Grund und Boden („des terrains“), und zwar nur von vorhan-  
denen, ehemals militärischen Anlagen bereitstellen. Ueber diese  
Verpflichtung hinaus sind 146 Fälle bekanntgeworden, in denen  
Gebäude und Räume von den Besatzungstruppen in Anspruch ge-  
nommen worden sind, wobei es sich nur in 20 Fällen um reichs-  
eigene Gebäude handelt. Die Einrichtung von Bordellen auf  
Anforderung beschränkt sich auf das von den Franzosen besetzte  
Gebiet.

Liess man die Denkschrift weiter, so packt einen grenzenlose  
Empörung über diese Brandschabung eines Landes, das wieder-  
gumachen und produktiv entschädigen soll und will. Köst man es  
für völlig nutzlose Zwecke weisbluten, so wird man die Folgen  
schon noch beizeiten erfahren. So hat die „rechtmäßigen“ Bor-  
schriften schon sind, so werden doch alle Ansprüche gegen ihre will-  
kürliche Ausdehnung zurückgewiesen. Diese Denkschrift sollte in  
Paris, London, Brüssel und New York gründlich studiert werden.  
Sie spricht in ihrer Schlussbemerkung aus, daß die Besatzungskosten  
für das Deutsche Reich eine Belastung bedeuten, die auf die Dauer  
die Reparationsfrage schädlich beeinflussen muß. Die Notwendig-  
keit einer Herabminderung der Besatzungskosten haben die  
Verhandsmächte grundsätzlich zwar bereits erkannt. Dies kommt  
in der Vereinbarung der drei Hauptmächte vom 18. Juni 1919  
zum Ausdruck, wonach die Absicht besteht, nach Erfüllung bestimm-  
ter Voraussetzungen durch Deutschland die Besatzungskosten auf  
jährlich insgesamt 240 Millionen Goldmark zu begrenzen. Wie  
weit die ganzen Besatzungsverhältnisse zurzeit noch hiervon ent-  
fernt sind, ergibt die Kostenzusammenstellung, außerdem aber auch  
ein Blick in den französischen Staatshaushalt für  
die Rheinarmee für das Jahr 1921, der mit 558 687 000  
Franks abschließt und, abgesehen von den Kosten für die in Reht  
liegende französische Brigade, auch diejenigen Ausgaben nicht ent-  
hält, die Deutschland auf Grund der ihm nach dem Rheinland-  
abkommen obliegenden Leistungen erwachsen. Eine Besserung ist  
nur möglich, wenn die Ursachen für das gewaltige Anwachsen  
der Besatzungskosten beseitigt werden, d. h. die Besatzungsstärke  
eine durchgreifende Herabsetzung erfährt und damit ein Zustand  
hergestellt wird, der mit dem Zwecke der Besetzung und mit dem  
Sinne des Friedensvertrages und Rheinlandabkommens in Ein-  
klang steht.

## Der Frieden mit Nordamerika.

Dem Reichstag ist der Friedensvertrag mit den U. S. A. zu-  
gegangen. Der Inhalt ist bekannt. Der begleitenden Den-  
kschrift entnehmen wir folgendes:

Die Verhandlungen waren von vornherein dadurch bedingt, daß  
die Amerikanische Regierung an die Friedensresolution vom 2. Juli  
gebunden war und deshalb darüber hinausgehende

deutsche Forderungen nicht berücksichtigen konnte.  
Die Reichsregierung sah sich hierdurch vor die Frage gestellt, ob sie  
Verhandlungen auf dieser Grundlage ablehnen sollte. Es steht außer  
Zweifel, daß damit der Friedensschluß mit den Vereinigten Staaten  
von Amerika auf unabsehbare Zeit hinausgeschoben worden wäre.  
Nach reiflicher Erwägung aller in Betracht kommenden Umstände  
hat die Reichsregierung geglaubt, die Verantwortung hierfür nicht  
übernehmen zu können. Sie konnte somit ihre Bemühungen nur  
darauf richten, die deutschen Interessen soweit zur Geltung zu bringen,  
als dies in dem für die Verhandlungen von vornherein gegebenen  
Rahmen möglich war. Tatsächlich sind diese Bemühungen nicht ohne  
Erfolge geblieben.

Durch den Vertrag wird  
nicht das gesamte Versailles Vertragswerk  
im Verhältnis zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten  
in Kraft gesetzt. Insbesondere sind die Strafbestimmungen  
in den vorliegenden Vertrag nicht aufgenommen worden.

Wenn der einleitende Artikel I des Vertrages ganz allgemein  
von den Rechten und Vorteilen aus dem Versailles Vertrage spricht,  
so ergibt sich aus dem Zusammenhang, daß dieser allgemeine Hin-  
weis in keiner rechtlichen Tragweite erst durch den Artikel II be-  
stimmt wird.

Was zunächst die Waffenstillstandsvereinbarungen betrifft, so ist  
das Einverständnis beider Parteien darüber festgestellt worden, daß  
keine neuen Rechte gegenüber Deutschland geschaffen werden.

In der Eigentumsfrage waren Zusicherungen Nord-  
amerikas über die Einsetzung der künftigen Regelung nicht zu  
erzielen. Immerhin haben diese Verhandlungen wenigstens das Er-  
gebnis gehabt, daß Nordamerika versichert hat, es wünsche eine  
angemessene und gerechte Regelung dieser Frage und halte die Unter-  
zeichnung des deutsch-amerikanischen Vertrages für das richtige  
Mittel, einer solchen Regelung den Weg zu bahnen.

Die Vereinigten Staaten sind nicht an die Bestimmungen des  
Teiles I (Wörterbuch), der Teile II und III (territoriale  
Fragen), der Abschnitte 2 bis 8 des Teiles IV (China, Siam, Liberia,  
Marokko, Ägypten, Türkei und Bulgarien, Schantung) und des  
Teiles XIII (Internationale Regelung der Arbeit) gebunden. Es  
ist nicht zu verkennen, daß die Rechtslage hierdurch in manchen  
Fällen unsicher wird, denn bekanntlich steht die Durchführung einer  
Reihe von Bestimmungen von Versailles eine Mitwirkung des  
Völkerbundes oder seiner Organe voraus.

Ueber die Aufnahme der Bestimmungen des Teiles XIII,  
worin deutscherseits im Interesse der deutschen Arbeitgeber  
die Arbeitnehmer Wert gelegt wurde, hat mit der Amerikanischen  
Regierung, wohl wegen des engen Zusammenhangs dieser Be-  
stimmungen mit dem von den Vereinigten Staaten abgelehnten  
Völkerbund, eine Verständigung nicht herbeigeführt werden können.

Etwas Neues gegenüber Versailles bedeutet es, wenn sich die  
Vereinigten Staaten die freie Entscheidung darüber vorbehalten, ob  
sie in die Reparationskommission und die übrigen Kommissionen  
eintreten wollen. Der Vertrag läßt die Frage offen, was zu ge-  
schehen hat, wenn die Vereinigten Staaten den Eintritt z. B. in die  
Reparationskommission ablehnen sollten. Auch in diesem Falle ent-  
stehen Lücken in dem Aufbau des Vertrages, die durch besondere  
deutsch-amerikanische Verhandlungen ausgefüllt werden müssen.

Nach übereinstimmender Absicht beider Parteien sollen sofort  
nach Ratifikation des Vertrages die

diplomatischen und konsularischen Beziehungen  
wieder aufgenommen werden. Ferner sollen alsbald Verhandlungen  
über wirtschaftliche und alle sonstigen Fragen beginnen, deren Ab-  
rundung Deutschland oder den Vereinigten Staaten erforderlich erscheint.  
Der Vertrag ist im Gegensatz zu dem Vertrage von Versailles  
in deutscher und englischer Sprache abgefaßt.

## Baldige Entscheidung.

Genf, 26. September. (Havas.) Die Mitglieder des Völker-  
bundes haben beschlossen, nach Schluß der Vollversammlungen, die  
Ende dieser Woche zu erwarten sind, in Genf zu bleiben. Dies lasse  
voraussehen, daß der Völkerbund baldigst seine Arbeiten über die  
oberste Frage beendet habe und sich auflösen werde, das  
Artikel bekanntzugeben.

## Der türkische Sieg.

Konstantinopel, 25. September. (W.B.) Nach einer  
aus türkischer Quelle kommenden Meldung aus Kleinasien soll die  
große Schlacht bei Gölhisht zugunsten der Türken ausgefallen  
sein. Die Kemalisten sollen diese Stadt besetzt haben.

## Ultimatum in Budapest.

London, 26. September. (Reuter.) Das Ultimatum der Allier-  
ten an Ungarn ist nunmehr in Budapest überreicht worden. Die  
tschechoslowakische Regierung setzt in aufrichtigem Einvernehmen mit  
den Alliierten ihre Bemühungen fort, die Ausführung des Vertrages  
sicherzustellen. Die Außenminister Benesch, Prag und Banffy  
Budapest berieten miteinander in Brünn.

## Einigung und Koalition.

Mit den Beschlüssen des Parteitag zu den Fragen der  
Einigung und der Regierungsbildung scheint es  
gehen zu sollen wie mit vielen anderen auch. Man redet und  
schreibt über sie und vergißt dabei vollständig, was eigentlich  
in ihnen steht. Darum seien sie zunächst einmal hier in Er-  
innerung gebracht.

In dem Beschluß zur Einigung wird gesagt, die Partei  
erstrebe die Wiederherstellung einer einzigen proletarischen  
Partei, wie sie bis zur unglücklichen Spaltung der SPD. bestanden  
habe. Diese Spaltung habe nicht nur die Arbeiterklasse im  
Kampf gegen die Gegner im eigenen Lande geschwächt, son-  
dern auch die Internationale zerrissen, deren Wiedervereinigung  
zum Kampf gegen den völkerverheerenden Imperialismus  
und zur Herstellung eines wahren Friedenszustandes notwen-  
diger denn je sei.

Dann heißt es weiter:  
Der Parteitag begrüßt daher alle Zeichen einer Wiederannähe-  
rung der durch den Streit getrennten Richtungen, ebenso wie er die  
Treibereien kommunistischer Gewaltapostel gegen die Einigkeit als  
Verbrechen an der Arbeiterklasse verurteilt. Solange sich die organi-  
satorische Wiedervereinigung, die nur durch Vereinbarungen der  
zentralen Instanzen erfolgen kann, als noch nicht durchführbar er-  
weist, muß die sozialdemokratische Partei ihre volle taktische und  
organisatorische Selbstständigkeit wahren. In ihrer Stützung liegt die  
beste Gewähr für das Erstarben des Einheitsgedankens  
und für den endgültigen Sieg der Demokratie und des Sozialismus.

Der Beschluß über die Regierungsbildung besagt:  
In der deutschen Republik geht alle Regierungsmacht vom  
Volke aus. Jede Partei hat die Möglichkeit, entsprechend ihrem  
Anhang im Volke, die Richtlinien der Regierungspolitik zu beein-  
flussen, was am wirksamsten durch Teilnahme an der Re-  
gierung geschehen kann. Auf die Teilnahme an der Regierung  
der Republik wird die Sozialdemokratische Partei besonders dadurch  
hingewiesen, daß sie die größte Partei des deutschen Volkes ist und  
die einzige Partei, die von jeher ohne Einschränkung und grund-  
sätzlich auf dem Boden der republikanischen Staats-  
ordnung und des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes des  
Volkes steht, weil diese den günstigsten Boden für die Erringung  
der sozialistischen Gesellschaft bilden. Die Sozialdemokratie darf  
daher nicht warten, bis sie imstande ist, die ganze Regierungsgewalt  
allein zu übernehmen, sondern sie muß versuchen, auch vorher  
schon zur Sicherung der republikanischen, demokratischen Staats-  
form ihre politische Macht in die Waagschale zu werfen, um so auch  
der Erreichung ihrer sozialistischen Ziele näherzukommen. Das ist  
jezt um so mehr nötig, als die Not des deutschen Volkes die An-  
spannung aller Kräfte erfordert. Die Sozialdemokratie ist bereit,  
zu diesem Zweck mit anderen Parteien im Reich und  
Ländern in der Regierung zusammenzuarbeiten, wenn mit diesen  
Parteien eine Verständigung über ein Arbeitsprogramm möglich ist,  
das folgende Grundforderungen enthält:

Anerkennung und Verteidigung der Republik — Sicherung des  
demokratischen Selbstbestimmungsrechtes des Volkes in Reich, Staat  
und Gemeinde — Demokratisierung der Verwaltung und Republi-  
kanisierung der Reichswehr und der Polizeiorgane, Sicherung und  
Ausbau der Sozialgesetzgebung — Politik der Völkerverständigung  
— Erfüllung des Friedensdiktats in den Grenzen unserer Leistungs-  
fähigkeit und Ausbringung der dadurch bedingten Kosten in erster  
Linie durch weitestgehende Heranziehung des Besitzes. —

Im übrigen soll der Parteivorstand unter Berücksichtigung der  
allgemeinen politischen Lage im Benehmen mit den in Frage kom-  
menden Fraktionen über den Eintritt von Parteigenossen in die  
Regierung entscheiden.

Wer da behauptet, die Sozialdemokratie habe die Ein-  
gung preisgegeben, um sich mit der Deutschen Volkspartei zu  
verbünden, der ist sich offenbar über die Vorgänge von Gör-  
lich nicht ganz klar.

Was ist denn eigentlich passiert?  
In der Frage der Einigung hat sich der Standpunkt der  
Partei nicht um Haarsbreite geändert. In der Frage der  
Regierungsbildung war früher die Mehrheit der Partei der  
Reinigung gewesen, man dürfe sich wohl mit Demokraten und  
Zentrumsleuten koalieren, aber niemals mit Volksparteilern.  
Die Minderheit vertrat dagegen die Ansicht, daß man sich in  
dieser Frage nicht binden solle. Jetzt hat sich dieses Verhältnis  
verschoben: die Mehrheit hat die unbedingte Festlegung gegen  
die Volksparteiler aufgegeben und eine Minderheit hält an ihr  
noch fest.

Wenn man sagt, der Parteitag habe das Bündnis mit  
der Volkspartei beschlossen, so ist darauf zu antworten, daß es  
geradezu eine Beleidigung des Parteitags ist, ihm einen so  
unsinnigen Beschluß zuzumuten. Gegen einen solchen  
wäre sich der Parteivorstand auch entschieden gewehrt haben.  
Er will doch gar nichts anderes, und er hat tatsächlich auch  
gar nichts anderes erhalten, als die Vollmacht, einmal mit  
den Herrschaffen von der Volkspartei zu reden. Hätte aber  
der Parteitag beschlossen, daß man sich mit den Volkspartei-  
lern verbünden solle, dann würden unsere Unterhändler mit  
gebundenen Händen zu den Volksparteilern kommen, die dann  
mit ihnen machen könnten, was sie wollten.

Eine solche Politik heutzutage macht die Partei und der Parteitag wahrhaftig nicht! Wie stehen die Dinge in Wirklichkeit?

In der Deutschen Volkspartei gibt es zwei Richtungen, von denen die eine den Demokraten, die andere den Deutschnationalen zuneigt. Solange wir sagten, daß wir grundsätzlich die Volkspartei nicht anders behandeln könnten als die Deutschnationalen, war der rechte Flügel im Vorteil. Seitdem in Götting beschlossen worden ist, daß man jede Partei, also auch die Deutsche Volkspartei, nach ihrem tatsächlichen Verhalten beurteilen und behandeln soll, hat der linke Flügel an Stärke gewonnen. Die Leute vom linken Flügel sind aber für eine Koalition mindestens ebenso gut wie die Demokraten am Kopf und die Zentrumsleute um Herold, mit denen wir ja auch nicht zu unserem Vergnügen koalitiert sind, sondern nur deshalb, weil uns die Verhältnisse dazu zwingen.

Auch die Zentrumsleute und die Demokraten sind keine Sozialisten, sondern Bürgerliche, Vertreter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Noch vor einem Jahr hielten die Unabhängigen unsere Koalition mit diesen Parteien für „Arbeiterverrat“. Jetzt sehen sie ein, daß es gar keine andere Möglichkeit gibt, als diese Koalition, wenn nicht die Republik vor die Hunde gehen soll. Kautsky hat in einem Artikel der „Freiheit“, in dem er auf Grund unvollständiger Informationen den Göttinger Beschluß kritisiert, verraten, daß ein Teil der Unabhängigen sogar schon begonnen hat, sich mit dem Gedanken eines Eintritts der eigenen Partei in die Koalition zu befremden.

Wir meinen, sollte eine Koalition auch mit Volksparteilern zustande kommen, so müßte sie so beschaffen sein, daß auf Grund ihres Verhaltens die Unabhängigen zu ihr genau dieselbe Haltung einnehmen könnten, die sie zur bisherigen Koalition eingenommen haben.

Ob eine „Verbretterung“ der Koalition zustande kommt, ist noch ganz ungewiß. Nach der Lüdenscheider Rede Stresemanns ist die Sache noch zweifelhafter geworden, als sie schon zuvor war, denn auf Intrigen gegen Wirth lassen wir uns nicht ein. Eine Vorbereitung der Koalition kommt nur dann in Betracht, wenn die bisherige Politik des Kabinetts Wirth dadurch gestärkt, nicht aber, wenn sie dadurch geschwächt und nach rechts abgedrängt wird.

In Preußen haben wir eine Regierung, die sich auf alle bürgerlichen Parteien, einschließlich der Deutschnationalen, stützt. Daß eine Regierung, in der die Sozialdemokratie eine wichtige Rolle spielt, besser wäre als die gegenwärtige, auch wenn ein republikanisch zuverlässiger Volksparteiler mit darin wäre, ist doch zum mindesten wahrscheinlich. Gerade um die Reichspolitik des Kabinetts Wirth zu stärken, ist es notwendig, ihr in Preußen eine Stütze zu schaffen, indem der Deutschnationalen Einfluß in Preußen ausgeschaltet wird.

Damit glauben wir, kurz die wahren Absichten klarzustellen zu haben, die der Parteitag mit seinem vielbesprochenen Beschluß verfolgt hat. Besser wäre es freilich, dies wäre nicht notwendig gewesen, denn es ist sicher kein Vorteil, wenn man einen Gegner, mit dem man zu verhandeln genötigt ist, zu tief in seine Karten sehen läßt. Daß eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei auch ihre Bedenken hat und daß man bei Verhandlungen scharf aufpassen muß, um nicht hineingelegt zu werden, das hätten unsere Unterhändler auch ohne die Rückschlüsse gemerkt, die man ihnen in Form einer Kritik an dem Göttinger Beschluß mit auf den Weg gegeben hat.

Wir haben unsere Entscheidung gefällt und die Deutsche Volkspartei ist gebeten, nun auch die ihre zu fällen. Sie muß Farbe bekennen, sie muß sich entscheiden, ob sie mit den Deutschnationalen gegen die Koalition oder mit der Koalition gegen die Deutschnationalen gehen will, ob sie sich zum Schutz der Republik verpflichtet oder mit der monarchistischen Reaktion gemeinsame Sache machen will.

Diese Klarstellung unserer politischen Verhältnisse ist von so großem Wert, daß für sie auch einige Mißverständnisse

über den Göttinger Beschluß mit in Kauf genommen werden müssen.

Wie man hört, herrscht in der Deutschen Volkspartei seit jenem Beschluß große Aufregung. Unsererseits besteht ein Grund zu solcher Aufregung nicht!

## Die Besprechungen beim Reichskanzler.

Die Mitteilungen einer Berliner Zeitung, nach der an den Besprechungen am gestrigen Vormittag beim Reichskanzler Rathenau die Unabhängigen und die Deutschnationalen teilgenommen hätten, sind, wie uns von informierter Seite berichtet wird, unzutreffend. Am gestrigen Nachmittag fand zwischen dem Reichskanzler Wirth und dem Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Stresemann, eine Aussprache über allgemeine politische Fragen statt. Am Mittwoch wird der Reichskanzler die erwartete politische Rede im Reichstage halten.

## Reparationsberatung.

Gestern trafen auf Einladung des Reichskanzlers führende Vertreter der deutschen Landwirtschaft und landwirtschaftlichen Großorganisationen in der Reichskanzlei zusammen, um die Möglichkeit einer Unterstützung der von der Industrie und Banken geplanten Aktion für die Reparationsüberschreitungen zu erörtern. Die Erörterung hatte den Charakter einer Vorbesprechung und wird fortgesetzt werden, nachdem sich die Vertreter der Landwirtschaft mit ihren Organisationen ins Einvernehmen gesetzt haben.

## Kanzlerstürzer Stresemann.

Die „Germania“, das Berliner Zentrumsorgan, beschäftigt sich nochmals mit der mehr als sonderbaren Haltung Stresemanns seit dem Heidelberger Parteitag der Deutschen Volkspartei. Wenn sie auch die Frage ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der erschwerten Vorbereitung der gegenwärtigen Regierungskoalition betrachtet — ein Gesichtspunkt, der für die Sozialdemokratie nicht allein ausschlaggebend ist —, so verdienen doch ihre neuen Ausführungen Beachtung zu werden. Die „Germania“ verweist spöttisch auf den Sturm der Rachegeister, der seit einiger Zeit gegen den Reichskanzler Wirth tobt, und schreibt:

Jedenfalls war das, was darauf folgte, eine politische Torheit zu nennen, besonders wenn man den Bispelpunkt sah, den ein reifungsreicher Odysseus in der „Täglichen Rundschau“ mit seinen Angriffen erklamm. Und in diesem Chor der Rachegeister mischte sich die Stimme Stresemanns, dem man immer noch nachgerühmt hat, er sei ein heroischerer Meister der Taktik. Sollte sein Auftreten ein Zufall sein, dem man weiter keine Bedeutung beimessen braucht? Nun, wir haben Herrn Stresemann jedenfalls ernst genommen und sehen in ihm, wie wir offen und scharf zum Ausdruck brachten, den durch seinen Angriff die Erweiterung der Regierung in irgendeiner Form zerstören mußte. Darum unsere scharfe Sprache... Gemäß unserer Abwehr war kräftig und deutlich, und warum sie das nach unserer Auffassung sein mußte, haben wir bereits am Sonnabend an dieser Stelle gesagt. In einer Zeit, da die außenpolitische Lage unseres Vaterlandes so ungewöhnlich ist, wie jetzt, und in der man nicht zuletzt aus diesem Gesichtswinkel heraus zur Erweiterung der Regierungsbasis zu schreiten im Begriffe ist, sollte man einem Politiker, der selbst anlässlich des letzten Kabinettswechsels schon als Kanzler genannt wurde, einen solchen Vorstoß nicht zutrauen.

Man geht in der Annahme nicht fehl, daß Stresemann weniger aus eigener Initiative seine Agitation gegen den Reichskanzler entfaltet, als vielmehr gelobt und gedrängt von den rechtsstehenden, den Deutschnationalen zuneigenden Kreisen seiner Partei, die Wert darauf legen, sich selbst nicht allzu sehr zu kompromittieren und einen

anderen für diese unangenehme Aufgabe vorzuziehen. Die Sozialdemokratie hat bereits zu wiederholten Malen erklärt, daß sie nicht daran denkt, aus welchen Gründen immer sich an der mit verdächtigem Überentwickelten Kanzlerstürzerei zu beteiligen, und so wird Herr Stresemann betäubt einsehen müssen, daß er sich in peinlichster Weise isoliert hat.

## Kahenhammer und Militärrummel.

Neue Enthüllungen unseres Parteiblattes.

München, 26. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die gegenwärtige politische Lage in Bayern ist gekennzeichnet durch den Kleinmut und die Bedrücktheit der bürgerlichen Presse als Folge der Brandmarkung des alten bayerischen Rufes durch die Veröffentlichung der Geheimbundstatuten. Den „Münchener Nachrichten“ folgend, wurden die reaktionären Blätter über den Schritt des bayerischen Staatspräsidenten und das Eingreifen norddeutscher Beamter in weiterer Verfolgung der Weismannschen Enthüllungen. So schreibt die „Münchener Zeitung“:

Eine Reihe von Agenten des Reichsministeriums des Innern ist eingetroffen, um das Material des preussischen Staatskommissars zu ergänzen. Es scheint jetzt im Reich allenthalben Leute zu geben, die glauben, völlig ungeniert auf unseren bayerischen Köpfen herumtrampeln zu können. Man mag sich vorstellen, denn es könnte leicht sein, daß einmal auch sogar die Bayerische Volkspartei nicht mehr in der Lage sei, die wahre Volksmeinung in Bayern niederzuhalten.

Das „Münchener Tageblatt“ erscheint wieder als „Nachrichtenblatt“ und kündigt das Wiedererscheinen des „Münchener Anzeigers“ mit den Worten an: „Am 1. Oktober erscheint wieder der „Münchener Anzeiger“ in alter Färbung.“

Am gestrigen Sonntag war München wieder der Schauplatz großer militärischer Festlichkeiten. Feldmarschall Prinz Leopold und Kronprinz Rupprecht zeigten sich wieder einmal in alter Pracht in den Straßen Münchens. Bei dem Festakt vor dem Armeemuseum erlitten Kavallerieoffiziere, als der letzte Inhaber des Regiments Generalfeldmarschall Prinz Leopold vor die Ausstellung trat und zu den Angehörigen des Regiments sprach. Die „Augsburger Abendzeitung“ meldet von „begeisterten Huldigungen“ des Publikums bei der An- und Abfahrt der Fürstlichkeiten.

Ueber politische Geheimorganisationen bringt die „Münchener Post“ neues Material. Sie erinnert daran, daß sie bereits im Februar die Schlingen des Freikorps Oberland bekanntgegeben habe, von der gewisse militärische Geheimgesellschaften geschickt übernommen worden seien, z. B. der Fahnenstab, eine Art Verpflegungsdienst, Rekrutierungsdienst und die Schaffung eines Fernrichters. Ferner teilt die „Münchener Post“ mit, daß der Polizeidirektion über diese Angelegenheit damals weitere sachdienliche Mitteilungen gemacht worden seien, vor allem über die Tätigkeit dieses Geheimbundes in Nordbayern. Es war der Polizei mitgeteilt worden, daß sich der Führer dieser Organisation als politisches Ziel die Restauration des Hohenzollernschen Kaiserthums mit militärischen Mitteln gesteckt habe. Ferner sei der Polizei bekannt gewesen, daß selbst der Führer der bayerischen Einwohnerwehr Kanzerler von diesen Bestrebungen abgerückt sei und davor habe warnen lassen. Bei der Münchener Polizeidirektion aber hatte man weiterhin Kenntnis von der engen Verbindung der „Nationalsozialisten“ mit diesem Geheimbund. Unser Parteiblatt schließt diese Ausführungen mit den Worten: Hätten die Erzberger-Mörder und ihre Kumpane ihre verbrecherischen Pläne in München schmieden können, wenn die Polizeidirektion energisch und rücksichtslos damals diesen Dingen nachgegangen wäre? Hätten die Erzberger-Mörder und die Mörder an Gareis nicht an der Ausübung ihrer Tat gehindert werden können, wenn man in der Ordnungszelle rechtzeitig dort hineingekracht hätte, wo diese Pläne geschmiedet wurden? Erst wenn die Münchener Polizeidirektion bewiesen hat, daß sie stets alles getan hat, um die Fäden der bestehenden Geheimorganisationen in die Hand zu bekommen, erst wenn dieser Beweis einwandfrei gelungen ist, wird man sagen können, daß sie keinerlei Mißschuld trifft an den Ermordungen von Gareis und Erzberger.

## Dante und die Kriegsgewinnler.

Durch das ganze Mittelalter geht ein antikapitalistischer Zug. Zwar bilden schon im 13. Jahrhundert die Florentiner, Genuesen und Lombarden das Bankgeschäft aus — die vielen italienischen Worte, die wir noch heute im Geschäftsvorkehr haben, z. B. „Netto“, „Brutto“, „Loro“, „Agio“, „Lombard“ beweisen es —, und doch gilt, als schon die Neuzeit unmißverständlich Einsatz begehrt, in Luthers Tagen noch, das Ansehen von Kapital auf Jinsen als höchst verwerflich, auch im „Kaufmann von Venedig“ deutet Shakespeare das an.

Da kann es denn nicht wundernehmen, wenn Dante die Geldverleiher in die Hölle hinunterstößt. Sie kommen sogar ganz besonders schlecht weg bei ihm: sie haufen in der unteren Hölle, die den schwersten Verbrechern vorbehalten ist, im 3. Kreis der Unterwelt in einem stinkenden Puhl ein. Die Bosheit, die durch Gewalt oder Trug zu ihrem Ziel strebt, heißt das stuchwürdige Verbrechen. Gewalttat: Körperverletzung, Totschlag, Brandstiftung, Raub, sind in Dantes Augen geringere Vergehen als Betrug, denn dieser „stiebt des Liebeshand, das die Natur geschaffen“. Kuppler, Schmeichler, Amtverweigerer, Fälscher, Bestechliche, Heuchler nebst Dieben gehören in diese zweite Klasse. Die Leute, die Geld auf Jinsen ausleihen, die „Wucherer“ (ohne Rücksicht auf die Höhe des Zinsfußes!), die die Natur, und was sie schenkt, verachten“ worden zusammengeworfen mit denen, die unethischen Lasten trögen, der „Sodomiten“ — Cahors in Südfrankreich ist die Stadt, in der sie besonders üppig ins Kraut schießen (es handelt sich um die Lombarden, die in französischen Handelsstädten das ganze Finanzgeschäft an sich gerissen haben).

Am Ende des 11. Gesanges der „Göttlichen Komödie“ kommt der Dichter noch einmal ausführlicher auf die Wucherer zurück, die er mit Verufung auf das erste Buch Moses' (das Gebot: „im Schwelche Deines Angesichts sollst Du Dein Brot essen“) und auf den Grundpfeiler der kirchlichen Philosophie, der sogenannten Scholastik, auf Aristoteles, verurteilt:

„Ich bitte, sprach ich, wende die Gedanken zurück und lehre mich, warum der Wucher die Güte Gottes, wie Du sagst, verachtet?“ — (Die Frage richtet sich an den Führer durch die Unterwelt, den altgriechischen Dichter Virgil.)

„Philosophie belehret den, der aufmerkt, So sag' er drauf, an mehr als einer Stelle, Daß die Natur die Bahnen, die sie einschlägt, Aus Gottes Bestimmung und seiner Kunst, Erwählt Du dann das Buch von der Physik, So findest Du nach gar nicht vielen Blättern, Daß Güre Lust ist, soweit sie kann, der letzten, So wie der Schüler seinem Meister, nachfolgt Und sozusagen Gottes Entzün ist. Aus diesen beiden, wie die Genesis' (das 1. Buch Moses') Dir bald im Anfang sagt, soll Unterhalt Die Menschheit nehmen und sich vorwärts helfen.“

Weil nun der Buch'rer and're Bahnen einschlägt, Verachtet er in sich und ihrer Tochter Natur; denn andershin zielt seine Hoffnung.“

Der Wiederaufbau der Buchkunst. F. H. Ehme, der Münchener Buchhändler, der auch die Feder gewandt zu führen weiß, hat ein Buch geschrieben, das drei Jahrzehnte deutsche Buchkunst 1890—1920 behandelt. Das im Berliner Euphorion-Verlage erscheinende Werk mußert die Arbeit unserer Buchkunst mit dem Blick dessen, der an dieser Arbeit an hervorragender Stelle mitwirkte. Und er stellt am Ende Richtlinien auf, wie sich nach dem Kriege, der auch hier vieles Gute zerstörte und vieles Schlechte groß werden ließ, der Wiederaufbau des Buchgewerbes zu vollziehen hätte. Man könnte etwa sagen, daß jedenfalls für Werke der neuen Literatur, als Schriftsteller möglichst nur die besten neu entstandenen und für Neuauflagen älterer Dichtung auch die alten zur Anwendung kommen sollten, die sich als modernem Empfinden noch verwandt bewährt haben. Gerade die neue Literatur, mit ihrem oft unruhigen Zellenbild, bedarf einer äußerst zurückhaltenden, sachlich strengen Gestaltung des Typographischen. Wie von den Anfangen, den rein schriftschöpferischen ersten Werken des Buchdrucks aus das Buch sich zur höchsten Höhe entwickelte, so muß auch heute wieder der Grund für alles Gelingen hier an der Quelle gesucht werden. Eine systematische Schulung der Seher, eine ebensolche Schriftausbildung der Buchhändler, so des anwachsenden Publikums müßte statthaben, also eine Schriftförmigung, von der Volksschule anfangend, einsehen. Es sollten vor allem die Schulbücher ein anderes Gesicht erhalten, was durchaus möglich wäre, wenn ihre Aufgaben nicht so häufiger Veränderung unterlägen. Vom Illustrationswiederum darf man verlangen, daß er den nun einmal durch die typographische Form des Buches abgesteckten Grenzen Rechnung trägt, daß er seine Bilder in Beziehung zum Textbild bringt, daß jene nicht den Rahmen des Satzspiegels sprengen, andererseits nicht zu leicht, zu dürftig einem kräftigen Typenbild gegenüber erscheinen. Text und Bilder sollen möglichst auf dem gleichen Papier gedruckt werden, damit diese nicht auf einem anderen Stoffe als Fremdkörper im Buche erscheinen. Abgesehen von diesen technischen Fragen möchte man wünschen, daß illustrierte Bücher weniger auf Belegers Beschluß, vielmehr aus der Liebe des Künstlers selbst für den dichterischen Vorwurf entstehen. Überall muß sich die Einsicht durchdringen, daß der Künstler nur Diener am Buche ist, daß seine Arbeit nicht die erste Bedeutung seiner selbst oder die tendenziöse Verkündung irgendwelcher Normideen bezweckt.

Morgenfeier im Staatstheater. Aus Anlaß der Rheinischen Kulturwoche und auf Anregung des Rheinischen Verkehrsverbandes veranstaltete das Schauspielhaus eine Morgenfeier, die „Der Rhein“ betitelt war. Justus von Scheidt eröffnete mit Abensiedern und gab den Ruf aus zu Herbert Eulenberg's Vortrag, der den Mittelpunkt der Feier bildete. Der Rheinische Dichter las mit fingen der Rhetorik ein Essay „Diesen Herktrung dem Rheinstrom“, in dem er in seiner bekannten präzisen Art ein Stimmungsbild vom alten Vaterland und seinem lässlichen Gegenpart Göttes entwarf: mehr Plauderei à la Schottenbilder als Rede, die man an dieser Stelle postender gefunden hätte. Paul Hendels und Thea Grodzynski, die eben Eulenberg im Steglitzer Schlosspark

theater zu einem schönen Theaterstabe verholten haben, lasen mit Können und Dellatasse Brentano, Heine, Einrad; Margarete Schön aus „Goethes Briefwechsel mit einem Kinde“ Briefe von Bettina über den Rhein. Karl de Vogt sang zur Laute rheinische Volkslieder. Zum Schluß entpuppte sich der tragische Paul Hendels als ein ungewöhnlich begabter Humorist, indem er rheinische Schürren und Anekdoten zum Besten gab. Die Lebenswürdigkeit der Verwaltung, der man für diese exponierte Stelle nur etwas mehr Schwere und Bedeutung gewünscht hätte, traf den Geschmack der Besucher, die mit reichem Beifall dankten. D. G. H.

Malaria im Grunewald. Eine Berliner Zeitung bringt die Mitteilung, daß an Grunewaldwäldern Malaria festgestellt worden sei. Schuld daran sollen die „Miasmen“ haben, die in der Umgebung des Hubertussees „zum Hummel“ steigen und die „ihren Ursprung der schlechten Ausbaggerung verdanken“. Die Redaktion einer großen Zeitung sollte besser unterrichtet sein! Es sind nicht „Miasmen“, wie man Anno Lobot annahm, sondern die Stiche einer gewissen Mückenart (Anopheles), die gewisse überaus winzige Lebewesen — die Erreger der Malaria — auf den geschwollenen Menschen übertragen können. In dessen Blutbahn vermehren sie sich dann in gefährlicher Weise. Fälle von Malaria sind schon wiederholt bei uns, z. B. in der Gegend von Potsdam, beobachtet worden. Es heißt weiter in der betreffenden Zeitschrift: „Wiele Berliner kommen täglich in den Grunewald. Die Gefahr einer Epidemie gibt auch ihnen zu denken.“ Das ist dummes Zeug, denn die Anopheles-Mücken treten auch anderwärts auf, wo Wasserlächer das Gedächtnis ihrer Brut befördern, an eine Malaria-Epidemie ist aber bei uns gar nicht zu denken. Wohl aber sollte der Vorfall erneut Anlaß zu einer scharfen Bekämpfung der Mückenplage überhaupt Anlaß geben! Sumpflust kann man einatmen, bis einem Übel daran wird — aber Malaria bekommt man davon nicht!

Die Gartenstadtbewegung macht jetzt in den verschiedenen Teilen des britischen Weltreiches große Fortschritte. In Kanada, Australien, Neuseeland und Indien sind bereits Gartenstädte in der Entwicklung, und jetzt soll auch in Südafrika die erste Gartenstadt begründet werden. Der Architekt Lushfield, der in England einige der wichtigsten Gartenstädte angelegt hat, ist nach dem Kapland berufen, um eine Gartenstadt in der Nähe von Kapstadt anzulegen, für die die Union-Regierung 6000 Acres hergegeben hat. Mit der Anlage der Wege in der waldigen Landschaft ist bereits begonnen.

Strumentkonzerte. Die nächste Abendmusik in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche veranstaltete Fritz Hellmann am Donnerstag, den 29. abends 8 Uhr, unter Mitwirkung der Gesellschaft zur Welterhaltung (Dir. W. Ziemann) und Sabina Behrend (Soprano). — Im Dom veranstaltete Prof. Walter Richter ebenfalls am Donnerstag, abends 8 Uhr, ein Orgelkonzert, bei welchem Jean Beome Rösler (Soprano) und Hel. Maria Karan (Alt) mitwirkten. Eintritt frei gegen Entnahme eines Programms.

Interessante Kurse in der russischen und polnischen Sprache sind von der Humboldt-Gesellschaft neben den bisherigen in Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch, Arabisch, Dänisch, Norwegisch und Schwedisch aufgezogen worden. Vorlesungsgegenstände und Vorträge in Buchstaben und Zeichen. In russischen Sprachen sind Kurse für Lehrlinge und Borgeladene vorgesehen. Im Rahmen der russischen Sprachen ist auch ein neuer Kurs Latein im deutschen Sprachgebrauch (Studientat. D. Bollmann) eingerichtet worden.

# Kundgebungen und Spenden für Oppau.

## Die Untersuchung der Unglücksursache.

Wie WTB. meldet, hat der Reichsminister des Innern unter Zustimmung der bayerischen Regierung den Direktor der Chemisch-Technischen Reichsanstalt Oberregierungsrat Dr. Penke, der ein hervorragender Sachmann in allen Explosionsfragen ist, nach Oppau entsandt, um an der Aufklärung der Gründe des Explosionsunglücks mitzuwirken.

Inzwischen sind teils bei der Reichsregierung, teils bei den britischen Behörden in Oppau und Ludwigshafen eine Reihe weiterer in- und ausländischer Beileidkundgebungen erfolgt. So sprach am Sonnabend der italienische Vorkonsul dem Außenminister das Beileid Italiens zu der Katastrophe aus; weiter sprachen der schwedische Minister des Aeußern, Graf Wangel, und eine Reihe der in Stockholm akkreditierten Vertreter der Mächte dem deutschen Gesandten ihre Teilnahme aus. Die Wiener Kammer für Handel und Industrie schickte an den Deutschen Industrie- und Handelsstag ein in warmen Worten gehaltenes Beileidstelegramm.

Nach einer Bekanntmachung des Bürgermeistersamtes in Ludwigshafen betrug gestern die Zahl der noch nicht erkannten Toten 75. Die Zahl der von den Angehörigen als vermißt gemeldeten Personen ist auf 90 gestiegen. In einer Unterredung mit den Vertretern der badischen und pfälzischen Presse gab der Direktor der badischen Anilinfabrik, Dr. Julius, die Zahl der Toten mit 310 und die Zahl der Verwundeten mit 325 an; unter den Verwundeten seien neun Todesfälle zu beklagen. Dr. Julius wies darauf hin, daß keine Arbeiterentlassungen eintreten würden, sondern daß die Belegschaft bei den Aufräumungs- und Aufrüstungsarbeiten Verwendung finden würde. Gegenüber Vorwürfen aus den Reihen der Vertreter der Presse über unzureichende Information gab der Direktor der Anilinfabrik zu, daß den Bedürfnissen der Öffentlichkeit zu wenig Rechnung getragen sei, entschuldigte dies Versäumnis jedoch mit der allgemeinen Erregung in den ersten Stunden und mit der Notwendigkeit, die Toten zu bergen.

Von weittragender Bedeutung bei der Untersuchung der Schuldfrage ist die Äußerung eines Überlebenden, der ausfragt, ein Sprengmeister habe gesagt: „Komm mit, wir sprengen jetzt!“ Wenige Minuten danach sei die Explosion erfolgt. Ob gesprengt worden sei, lasse sich nicht feststellen.

Der Reichshilfsausschuß für Oppau macht nochmals darauf aufmerksam, daß sämtliche Liebesgaben für die Opfer des Oppauer Unglücks auf der Reichseisenbahn frachtfrei befördert werden. Es empfiehlt sich, die Sendungen im Frachtkreis als Liebesgaben für Oppau kennlich zu machen. Sendungen sind zweckmäßig an den Stadtrat in Ludwigshafen zu richten. Die öffentlichen Sammlungen für die Hinterbliebenen der bei der Oppauer Katastrophe Verunglückten ergaben für Frankfurt bisher mehr als 1200 000 M. Die Siemens-Rhein-Eisenwerk-Anstalt stellt für das Oppauer Hülsenwerk einen Betrag von 2 Millionen Mark zur Verfügung.

Der Bayerische Industriellenverband in München spendete für die Opfer des schweren Unglücks von Oppau den Betrag von 50 000 M.

Das Schwedische Rote Kreuz übermies den Geschädigten von Oppau 100 000 M. Auf Veranlassung des deutschen Gesandten in Stockholm wird unter den Deutschen in Schweden eine umfangreiche Sammlung zugunsten des Reichshilfsausschusses für Oppau veranstaltet.

Am Reichstag ist die folgende, von uns bereits erwähnte Interpellation Müller-Franken und Gen. eingegangen:

- Ist die Reichsregierung bereit, angesichts des furchtbaren Unglücks in Oppau sofort Maßnahmen zu treffen, um
1. festzustellen, welche Umstände das Unglück verschuldet haben und was zur Verhinderung derartiger Unfälle geschehen kann,
  2. den Geschädigten ohne jede Verzögerung aus öffentlichen Mitteln zunächst die erste Hilfe zu leisten.
- Berlin, den 23. September 1921.

Müller (Franken) und Fraktion.  
Die Interpellation wurde vom Reichstagspräsidenten als weiterer Gegenstand auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gesetzt.

## Leuna und Mansfeld.

Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages über die Währungsruhen setzte am Montag die Vernehmung von Zeugen aus dem Leunawerk und dem Mansfelder Bergbau fort. Die Aussagen des Anwalts des Reichsrats Riep um Leunawerk bot in zwei Punkten besonderes Interesse: Der Zeuge bestätigte, daß der Generalkontrakt in Leuna unter

Mitwirkung der holländischen Betriebsleitung der BAPD.

beschlossen wurde, von der Leuna- und Böhmerberg-Übertragungsstation, während die kommunikativen Betriebsabläufe (schärfste Geheime des Generalkontrakts) waren. Ferner machte dieser Zeuge ziemlich beifolgende Aussagen über das Verhalten der Schutzpolizei bei der Einnahme von Leuna. Die militärischen Vorbereitungen Kemplins sind dem Zeugen immer mehr als eine Komödie erschienen. Bewaffnung und Organisation waren ganz unzureichend. Als gar noch in der Nacht vor der Einnahme Kemplin mit einem Teil der Bewaffneten und den besten Waffen sich aus dem Staube gemacht hatte, sei der Rest so deprimiert gewesen, daß er wohl ohne weiteres das Werk übergeben hätte, wenn irgendwo die Möglichkeit einer Verbindung mit der Schutzpolizei bestanden hätte. Wertwärtigerweise habe sich auch Direktor Oster geweidert, diese Verbindung herzustellen. So sei in der Frühe des 29. ein ganz überflüssiges Bombardement auf das Werk eröffnet worden, das die Anlagen aus äußerster Gefahr und 25 nutzlose Todesopfer erspart habe. Zeuge macht überdies bestimmte Angaben, daß mehrere Mann der Besatzung, die er nach der Einnahme noch als lebende Gefangene gesehen hat,

nachher bei den Toten gelegen haben, so ein gewisser Lederer und der angebliche „Schwager von Holz“. Der Ausschuss will diese Fälle weiter nachprüfen.

Die nächsten Zeugen sagen über die Mansfelder Verhältnisse aus. Zeuge Worgens, früher Betriebsratsmitglied bei der Mansfelder Gewerkschaft, gibt ein Bild der Verhältnisse. Die Mitwirkung von Abfallholz ist nach dem Zeugen seit Jahrzehnten als eine Art Gewohnheitsrecht eingewurzelt, freilich habe es in der letzten Zeit überhand genommen, doch macht der Zeuge hierfür die überaus schlechte Brennmittellieferung der Arbeiterkassen verantwortlich. Generaldirektor Heinhold der Kupferwerke hangenden Gewerkschaft in Mansfeld ist zehnmalige Unterzeichner über die Diebstähle. Die Holzdiebstähle hätten in jedem Monat mehrere hunderttausend Mark Wert ausgemacht, so daß z. B. im Juni 1920 für 675 000 M. Grabholz, im Juni 1921, als die Diebstähle aufschrieb hatten, nur für 205 000 M. verbraucht wurden. Bei dem Unterschied sprechen noch andere Zeugen mit, aber der Hauptunterschied kommt auf das Aufheben der Diebstähle. Der Zeuge schildert sehr ausführlich einen Krawall, der im Februar 1921 stattgefunden hat, als die Betriebsleitung durch ein Berliner Detektivbüro einen Überwachungsdienst gegen die Diebstähle einrichten wollte. Der Redakteur Josef Schneider von der BAPD. habe die Belegschaften mit der unsinnigen Behauptung in den Streit gebracht, daß der Überwachungsdienst eine gegenrevolutionäre Kampforganisation sei. Nachher sei unter Zusammenrottung und Gemol-

andrehung von der Betriebsleitung die Bezahlung der Streiklöhne erpreßt worden. Der Zeuge hält diesen Verdrachtwahl für eine Art Generalkontrakt zu dem späteren Putz. Der Zeuge gibt zu, daß die Löhne im Mansfelder Bergbau niedriger

sind als in der übrigen umliegenden Industrie. Er führt dies auf besonders ungünstige Verhältnisse des Mansfelder Bergbaues zurück. Bei der Vollzeitsaktion am 19. März hat es der Zeuge für einen schweren Fehler gehalten, daß die Schutzpolizei sich lange Zeit gegenüber den Anrissen passiv verhalten habe. Dabur sei den Anführern der Kamm geschwollen. Auf die ausdrückliche Frage des Berichtenden, ob er bei der Besetzung von Eisenbahnen mit Schutzpolizei den Ausbruch eines Aufstandes erwartet habe, erwidert der Zeuge, daß er von der Absicht der Vollzeitsaktion mehrere Wochen vorher gewußt habe, aber er sei bestimmt der Ansicht gewesen, daß es vollkommen ruhig ablaufen würde. — Diese Aussage ist der Rechte sehr peinlich, die Hörsing einen schweren Vorwurf daraus macht, daß er den Zustand nicht vorhergesehen habe. Der Abgeordnete Heidenreich sucht durch Zwischenfragen den Zeugen zu erschüttern, aber der Zeuge bleibt dabei, daß auch er fest glaubt habe, beim Einrücken einer stärkeren Vollzeitsmacht würde die Bevölkerung ruhig bleiben. Einigermassen unerwartet für die Rechte ist auch die Antwort, die der Zeuge auf die Frage gibt, ob denn die vor dem Krieg als fälschlich bekannte Mansfelder Arbeiterkassen aus sich heraus oder unter dem Einfluß fremder Elemente so radikal geworden sei. Der Zeuge erwidert darauf mit aller Offenheit, daß nach seiner Ansicht das frühere System der Mansfelder Betriebsleitung nicht in die neue Zeit hineingepaßt habe. Man habe die Arbeiter bevormundet und

eine kleinliche Sozialistenhetze

getrieben, die einem heute ganz unverständlich erscheine. Der Zeuge ist, ehe er nach Mansfeld kam, in Westfalen tätig gewesen und hat dort den Wert einer gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft kennen gelernt. In Mansfeld sei nach der Revolution das Verbot nach der anderen Seite ausgeschlagen: War nordem die Arbeiterschaft ultrarechts, so war sie jetzt ultraradikal!

Die Zeugenvernehmungen werden am Dienstag vormittag, 10 Uhr, fortgesetzt.

## Ein Nachspiel zum Marlopprozeß.

Wegen Beihilfe zur unerlaubten Entfernung vom Heere standen der frühere Leutnant Hoffmann, jetziger Dr. rer. pol., und der frühere Leutnant Behmeyer, jetziger stud. med., gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte unter Vorsitz des Geh. Rats Prof. Als der Oberleutnant Marlopp sich, wie bekannt, auf dringendes Verlangen des Verlegers Kump und des Hauptmanns Kessel zur Flucht entschlossen hatte, verschaffte ihm der erste Angeklagte zugehöriges Geld, besorgte ihm die Eisenbahnscheinfahrt und begleitete ihn zur Bahn. Behmeyer besorgte ihm einen falschen Reise-Kausweis und zugehörigen Kriegs-Kongulsten-Ausweis. Beide Angeklagten gaben den Tatbestand zu. Hoffmann erklärte, zur Vermeidung etwaiger Unruhen sei man in Kreisen seiner Vorgesetzten der Meinung gewesen, daß ein Marlopp-Prozeß zu jener Zeit nicht stattfinden dürfe. — Der Anwalt beantragte gegen die Angeklagten je 3 Monate Festungshaft. Nachsichtswort Dr. Lisberg forderte Freisprechung. Das Schöffengericht folgte seinen Ausführungen und sprach beide Angeklagten frei.

## Mißglückter Aufkauf einer Zeitung.

Ein Versuch, die „Königsberger Hartungische Zeitung“ aufzukaufen, ist erfolgreich abgewehrt. Ein Konsortium übernahm so viele Aktien, daß die „Königsberger Hartungische Zeitung“ für die bisher eingehaltene politische demokratische Richtung gerettet wurde. Ein Herr Gustav Redowik aus Berlin hatte den Versuch unternommen, einen großen Teil der Aktien aufzukaufen, um anscheinend seinen Einfluß dann in reaktionärem Sinne geltend zu machen. Herr Redowik ist aber in der Minderheit geblieben.

## Unrichtige Veröffentlichung?

München, 26. September. (WTB.) Unklar wird mitgeteilt: Das Ergebnis der zwischen der bayerischen Staatsregierung und der Reichsregierung gepflogenen Verhandlungen über den Erlaß der Reichsregierung vom 29. August und über die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern wird am Dienstag nachmittag Gegenstand von Beratungen im Verfassungsausschuß des Landtages sein. Um der verfassungsmäßigen Entscheidung des Landtages nicht vorzugreifen, wurde bisher von einer Veröffentlichung des Wortlautes der Abmachungen Abstand genommen. Bedauerlicherweise ist durch Indiskretion eine unrichtige Veröffentlichung der Abmachungen erfolgt und der Eindruck erweckt worden, als ob nach dem jetzt getroffenen Vereinbarung der Reichsminister des Innern selbständig Verfügungen erlassen könne und der Landesbehörde lediglich das Recht der Beschwerde an den Reichsratsausschuß zustehe. Das ist falsch. Es ist im Gegenteil tatsächlich vereinbart worden, daß die Landeszentralbehörde allein das Recht zum Erlaß von Verboten hat. Dem Reichsminister des Innern ist lediglich das Recht eingeräumt, an die Landeszentralbehörde ein Ersuchen um Erlaß von Verboten und Befehlsgewalt zu richten. Wenn die Landeszentralbehörde glaubt, solchen Ersuchen nicht Folge leisten zu können, tritt eine schiedsrichterliche Entscheidung der föderativen Instanz ein.

Man treibt hier, wie uns scheinen will, einen Streit um Worte, die man im Süden etwas anders setzt als im Norden, um gewisse Empfindlichkeiten zu schonen. Der Kernpunkt der Sache ist, daß bei Meinungsverschiedenheit zwischen Reichsregierung und Landesregierung der Reichsratsausschuß entscheidet. Wer von den beiden den Reichsratsausschuß anruft, ist eine zwar nicht ganz gleichgültige, aber doch nicht ausschlaggebende Frage.

## Der anspruchslose General.

### Ein Trost für die Bewohner Nordfrankreichs.

Aus Hosen wird uns geschrieben: Der Oberbefehlshaber der französischen Rheinarmee, General Degoutte, wird auch in diesem Jahre wieder das Schloß Waldhausen bei Mainz als Sommerresidenz beziehen. General Degoutte hat bekanntlich seine ständige Wohnung im ehemaligen großherzoglichen Palais in Mainz, wo ihm selbstverständlich Räume in mehr als ausreichender Zahl zur Verfügung stehen. Im vorigen Jahre mußte das Palais nach seinen Wünschen instanzgesetzt werden und man erzählt sich, daß die Kosten hierfür 1 1/2 Millionen betragen hätten. Jetzt muß der Fußboden im Schlafzimmer des Herrn Generals erneuert werden; das gibt den Grund für den Bezug der Sommerresidenz Schloß Waldhausen ab! Was mag das Deutsche Reich wohl wieder für die Herrichtung dieser Sommerfrische ausgeben müssen? Nach dem Umfang der im vorigen Jahre im Waldhausener Schloß vorgenommenen Arbeiten zu urteilen, müssen damals sicher mehrere hunderttausend Mark von der deutschen Regierung ausgegeben worden sein. Ob wohl die französischen Generale in Frankreich auch Schlösser als Sommerwohnungen von ihrer Regierung zugewiesen erhalten?

## Churchills Friedensrevision.

London, 26. September. (WTB.) Im weiteren Verlauf seiner Rede in Dundee erklärte Minister Churchill noch, England sei gezwungen, seine Flotte aufrechtzuerhalten, und es könnte auch auf das Mindestmaß militärischer Streitkräfte nicht verzichten, das notwendig sei, um die Ordnung in den britischen Dominions aufrechtzuerhalten. Wenn man den Schwierigkeiten der Nachkriegsperiode beugegen wolle, so müsse ein friedliches Zusammenwirken zwischen den führenden Nationen bestehen. Es gebe zwei große Gruppen von Nationen, von denen jede notwendig sei für das Wiederaufleben und die Sicherheit der Welt. Erstens sei notwendig das

Zusammenwirken Englands, Frankreichs und Deutschlands, um die Wohlfahrt Europas wieder aufzubauen. Weiter sei notwendig das Zusammenarbeiten der Vereinigten Staaten, Großbritannien und Japans, um neue Wettbewerbe in den Rüstungen zur See zu verhindern und um den Frieden des Stillen Ozeans zu sichern. Churchill sagte, Großbritannien habe eine äußerst wichtige Rolle bei dem Zustandekommen dieser einträchtigen Kombinationen zu spielen. England müsse jedoch in

unbedingter Ehrlichkeit und Billigkeit gegen alle handeln. Das Zusammenwirken zwischen England, Frankreich und Deutschland würde niemals zustande kommen, wenn England mit Deutschland auf Kosten Frankreichs Freundschaft halte. Im Gegenteil, nur dadurch, daß England Frankreich förderbar mache, daß es immer noch sein Freund sei und ein Freund in der Not, werde England die besten Beziehungen für das Vertrauen in Frankreich und Europa schaffen, die es in die Lage setzen würden, die zwischen Deutschland und Frankreich bestehende

Spannung zu mildern

und die einträchtige gemeinsame Aktion dieser drei Mächte zu fördern, von denen nicht eine einzige ausgelassen werden dürfe, wenn Europa seinen früheren Reichtum und seinen früheren Ruhm wiedergewinnen wolle. In gleicher Weise könne England keine friedliche Zukunft im Stillen Ozean sichern oder seinen Küstungen zur See Einhalt gebieten, wenn es seine wohlverprobte Freundschaft mit Japan beiseite werfe. Es müsse ein größeres Einvernehmen zwischen den drei Seemächten des Stillen Ozeans zustande gebracht werden auf der Grundlage gemeinsamer Interessen und gegenseitigen Vertrauens. Churchill erklärte schließlich, er setze große Hoffnungen auf die Washingtoner Konferenz. Die Konferenz bedeute ein wirksames Eintreten der Vereinigten Staaten in die Verantwortlichkeiten und Schwierigkeiten der Weltpolitik.

### Französische Stimmen.

Paris, 26. September. (WTB.) Nach dem „Temps“ erklärte Kammerpräsident Raoul Veret in einer Rede in Poitiers, es handle sich für Frankreich als Sieger darum, nicht Bediensteter des Friedens zu sein. Wenn Frankreich, wie Deutschland ihm vorwerfe, unannehmbare Forderungen gestellt habe, verlange Frankreich von ihm, daß es sich um 50 Jahre zurückversetze und die Brutalitäten von damals (!) mit der französischen Langmut von heute (!) vergleiche. Frankreich sei an der Grenze seiner Konzeptionen angelangt.

Im Generatrat des Pas de Calais sprach Senator Jonnart, der französische Botschafter beim Vatikan, der wiederum zum Vorsitzenden gewählt wurde. Er sagte u. a., man hätte erwarten dürfen, daß die fortbestehende Einigkeit der Alliierten Deutschland die strikte Ausführung seiner Verpflichtungen aufzwingen würde. Was zeige sich aber? Die Mäßigung Frankreichs sei nicht nach Wunsch von seinen Alliierten anerkannt, und wie seien von den Deutschen alle Schwächen ausgenutzt worden. Die militärische Entwaffnung Deutschlands, die seit vielen Monaten hätte vollendet sein sollen, sei es nicht; die Aburteilung der Kriegsbeschuldigten habe Veranlassung zu einer Justizparodie gegeben. Senator Jonnart sprach auch vom Bankrott des Obersten Rates im Hinblick auf Oberschlesien. Er beklagte, daß Frankreich von der ersten Reparationszahlung noch keinen Ruhen gezogen habe und betonte, daß der Friedensvertrag von Versailles über alle Vermögensgüter und Einnahmequellen des Deutschen Reiches zur Regelung der Reparationspflichten eine Priorität ersten Ranges geschaffen habe. Werde, fragte der Redner, auch diese Garantie zugunsten der Geschädigten aufgegeben werden?

### Französischer Protest.

Wie die Telegraphen-Union erzählt, wird die dem deutschen Außenminister von der französischen Regierung übersandte Protestnote gegen den Boykott französischer Waren in Deutschland heute im Laufe des Tages veröffentlicht werden.

## Attentat auf Pilsudski.

Ostgalizien ist von Polen militärisch besetzt, ihm aber nicht zu gesprochen. Trotzdem hatte der Staatspräsident Pilsudski die Taktik festhalten, dort offiziell eine Messe zu eröffnen. Als er sich vom Festessen ins Theater begeben wollte, schoß ein junger Ukrainer, Fedak, der Sohn eines Lemberger Rechtsanwalts, auf das Auto, verfehlte aber nur den Statthalter Grabowski, den er auch gemeint haben will. Fedak ist verhaftet.

## Die Fascisten.

Innsbruck, 26. September. (WTB.) Wie die Wälder aus Meran melden, drangen am 22. September sechs Fascisten unter der Führung des Sekretärs des Meraner Kampfbundes in die Redaktion der „Südtiroler Landeszeitung“ ein und drohten dem anwesenden Redakteur u. a., das Redaktionsgebäude in die Luft zu sprengen, weil in der „Südtiroler Landeszeitung“ in fascistischem Sinne geschrieben würde.

### Ein sozialistischer Deputierter niedergeschossen.

Bari, 26. September. Nach einer Rede des Abg. Divagno aus Anlaß einer Festlichkeit des sozialistischen Kampfbundes wurde eine Person drei Revolvergeschosse auf den Rücken ab. Der Abgeordnete wurde schwer verwundet. Ein junger Mann wurde als mutmaßlicher Täter verhaftet.

Das Sowjetland muß kleiner sein! Dem Botschafter von Kurt Geyer und Verdnard Düvel aus der SPD-Fraktion im Reichstag ist jetzt der Austritt von Adolf Hoffmann und Ernst Däumig gefolgt. Hoffmann hatte auf dem Jenaer Parteitag die Erklärung der gemäßigten Linken unterzeichnet und Däumig war wegen Krankheit abwesend. Levi aber reißt sich die Hände.

Eine neue Kolarde für die Reichsmehr. Das Reichswehrministerium plant die Einführung einer neuen Kolarde für die Reichsmehr, die wie die alte beschaffen sein soll, aber die neuen Reichsfarben Schwarzrotgold erhalten wird. Die Kolarde soll zwischen dem Eichenlaub auf dem unteren Rückenfeld getragen werden.

Mit der Sabotage der Republik durch reaktionäre Beamte, Offiziere und Richter beschäftigt sich eine Interpellation, die die unabhängige Fraktion im Reichstag eingebracht hat. In der Interpellation wird ausgeführt, daß die verfassungsmäßige Führung der Reichsgeschäfte fortgesetzt durchkreuzt und die Republik in ihrem Bestande bedroht wird, nicht nur durch das geführlige Treiben der reaktionären Desperatpolizei, sondern auch durch Begünstigungen und Mithilfe ehemaliger und jetziger amtlicher Kreise. Die Reichsregierung wird gefragt, welche Maßnahmen sie dagegen zu ergreifen gedenkt.

# Gewerkschaftsbewegung

Anton Hueber.

Der Sekretär der Gewerkschaftskommission Oesterreichs, Genosse Anton Hueber, hat soeben das 60. Lebensjahr erreicht. Was der einstige Holzarbeiterlehrling und Geselle für die gesamte Arbeiterbewegung, auch die politische, drüben in Oesterreich geleistet hat, kann nicht in ein paar Zeilen ausgeführt werden. Seit 1894 steht er an der Spitze der österreichischen Gewerkschaften. Er hat sie mitgeschaffen, hat ihre Kämpfe geführt und ihre Taktik mitbestimmt, er hat sie wachsen sehen und mußte ihre nationale Zerrissenheit erleben, die dem Zerfall Oesterreichs lange vorausgegangen ist. Eine Genugtuung mag ihm die außerordentliche Stärke und Macht der Gewerkschaften in dem neuen Deutschösterreich sein — eine Macht, die nicht durch Hineintragen von politischen Parteikämpfen verringert worden ist, wie denn überhaupt die Spaltung durch den Krieg und nach ihm unseren Brüdern in den Alpenländern erspart geblieben ist.

Dem Vorkämpfer und Führer der Gewerkschaften in Oesterreich, dem klugen Vater, dem Freunde Carl Legiens, dem Mittler zwischen deutscher und österreichischer Bewegung zum 60. Geburtstage unsere herzlichsten Grüße und Wünsche!

## Zur Einigung im Buchdruckgewerbe.

In unserem Bericht am Montag sind leider zwei Fehler unterlaufen. Das Angebot für die höchste Klasse der Gehilfen beträgt nicht 350, sondern 355 M. für Berlin beträgt das Minimum 335 M., wozu ab 15. November 25 M. Zulage kommen. Bisherige höhere Löhne bleiben bestehen.

## Zum Streik in der Berliner Holzindustrie.

Die leitenden Personen der Arbeitgeber in der Berliner Holzindustrie haben jetzt große Mühe, ihre Beute bei der Stange zu halten. Ihr Organ „Die Hochzeitung“ beschäftigt sich zum größten Teil nur mit dem Streik und den mit den Arbeitnehmern geführten Verhandlungen sowie der Stimmung ihrer Mitglieder. Die Beschlüsse, die in den einzelnen Bezirken gefaßt werden, sind recht impulsiv gehalten; sie sprechen sogar aus, daß mit den Arbeitnehmern nicht eher verhandelt wird, bis die Forderungen der Arbeitgeber anerkannt sind.

Interessant sind außerdem die Behauptungen hinsichtlich der geleisteten Unterschriften unter den Mantelverträgen. Es wird in einem Artikel, unterschrieben von Theodor Paeth, behauptet, daß durch einwandfreie Feststellungen überhaupt keine Firma den Reichsmantelvertrag unterschrieben bzw. anerkannt hat, sondern die Anerkennung sei unter Vorbehalt auf besonderen Formularen ausgesprochen.

Es muß um die Sache der Herren doch übel bestellt sein, wenn sie zu solchen wahrheitswidrigen Behauptungen greifen. Bei den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß hatten die Vertreter der Arbeitnehmer 400 Originalverträge zur Hand, um den Beweis zu liefern, daß die Angaben des Holzarbeiterverbandes über Art und Zahl der Bewilligungen richtig sind. Das ist dem Herrn Paeth bekannt, trotzdem deutet er mit seinem Namen die gegenteilige unwahre Behauptung. — „Heiß, was heißen mag!“ An dieser Stelle wurde den Herrschaften schon einmal gesagt, daß sie sich von der Wahrheit unserer Angaben überzeugen können, indem sie sich die Verträge im Bureau des Holzarbeiterverbandes vorlegen lassen. Ist es Ihnen um die Wahrheit zu tun — dann bitte. Wollen sie aber die Wahrheit verpöbeln, werden wir nicht versäumen, sie an den Pranger zu stellen.

Daß nicht alles stimmt, was jene Herren ihren Mitgliedern aufstischen, beweist schon, daß man eine Anzahl Firmen wegen Anerkennung des Mantelvertrages und der von den Arbeitnehmern gestellten Forderungen ausgeschlossen und in der „Hochzeitung“ belanntgegeben hat.

Mit Freude konnten die Arbeitgeber in ihren Bezirksgruppenversammlungen den Bericht entgegennehmen, daß der Möbelarbeiterverband beschlossen hätte, sich solidarisch mit den Scharmachern der Holzindustrie zu erklären, indem sie keine Möbel von den Firmen beziehen wollen, welche die Forderungen der Arbeitnehmer anerkannt haben. Es ist schön, wenn solch platonische Erklärungen und Solidaritätskundgebungen ausgesprochen werden, aber, daß sie ohne Wirkung bleiben, haben die Herren wohl nicht erkannt. Da zurzeit mit den Möbelfabrikanten wieder ein schwunghafter Handel betrieben wird, der infolge unseres Valutastandes als Ausverkauf angesprochen werden kann, wird es wohl nur bei diesen Erklärungen bleiben.

Die Holzarbeiter wissen genau, daß die Herren Scharmacher ebenfalls ein Interesse haben, bei der jeweiligen Valutaposition ihr Schicksal ins Trockene zu bringen. Sie werden ihnen diese Gelegenheit nicht geben, bevor die Forderungen der Arbeiter nicht voll auf anerkannt sind.

Wollen die Herren den Frieden, so sind die Arbeiter dazu bereit, aber ein Vertrag, nach ihrem Diktat, wie sie ihn auffassen, wird mit aller Entschiedenheit abgelehnt.

## Die Lohnbewegung der Bäcker.

Mit dem Schiedspruch des Schlichtungsausschusses beschäftigte sich eine Bäckerversammlung, in der Schumann berichtete. Er teilte mit, daß der Schlichtungsausschuß eine Lohnhöhung von 55 M. für Bäcker, Konditoren und Brotschäfer, 35 M. für Arbeiterinnen und für Verkäuferinnen den Monatslohn auf 850 M. festgelegt habe. Hatten schon die Nennungen dieser Zulagen gewissen Widerpruch aus der Versammlung ausgelöst, so steigerte sich dieser noch bei der Mitteilung, daß diese Lohnsätze erst ab 1. Oktober in Kraft treten sollen und eine Rückzahlung nicht in Frage kommt. Schumann empfahl aber, trotzdem dem Schiedspruch zuzustimmen und das Lohnabkommen der Zeit entsprechend in kürzester Zeit erneut zu kündigen und neue Forderungen einzureichen.

Die Diskussionsredner, welche teilweise sehr lebhaft gegen das Verhalten der Bäckermeister polemisierten, sprachen sich in der Mehrzahl gegen die Annahme des Schiedspruches aus. Aber auch die Befürworter der Annahme ließen keinen Zweifel darüber, daß sie von dem Ergebnis nicht befriedigt seien. Die Abstimmung ergab die Annahme des Schiedspruches gegen eine nicht geringe Minderheit, und liegt es nun, wie auch Schumann in seinem Schlusswort zum Ausdruck brachte, an den Bäckermeistern, ob diese Lohnbewegung ohne ernste Konflikte zum Abschluß kommt.

## Die Berliner Fabrikarbeiter zum Unglück in Oppau.

In der am Sonntag abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes der Fabrikarbeiter gedachte der Bevollmächtigte Reimann in warmen Worten der Opfer des Oppauer Explosionsunglücks. Er führte dazu aus, daß in den letzten Jahren die Frage des Arbeiterschutzes in der chemischen Industrie arg vernachlässigt worden ist. Für den Eingeweihten sei es geradezu entsetzlich, welchen Umfang die Gewerbekrankheiten in der chemischen Industrie annehmen. Das Unglück in Oppau habe schlagartig den Weg gewiesen, daß es für die Gewerkschaft nicht nur gilt Lohnverbesserungen zu erzielen, sondern lauter als je muß der Ruf erschallen: Schutz für Leben und Gesundheit der chemischen Arbeiter! Das Nächstliegende ist, daß Arbeitervertreter in die Vorstände der Berufs- und Gewerkschaften hinein müssen. Arbeiterleben dürfen nicht Objekt niedriger Profitgier sein und bleiben. Die Ortsverwaltung hat 10 000 Mark aus lokalen Mitteln zur Unterstützung der Opfer zur Verfügung gestellt, obwohl sie weiß, daß keine Summe hoch genug ist, um den Schaden gut zu machen.

Zur eigentlichen Tagesordnung übergehend begründete Redner die notwendige Erhöhung der Beiträge in Hinsicht auf die in nächster Zeit zu erwartenden Kämpfe. Die erweiterte Verwaltung hat einstimmig beschlossen, eine Beitragserhöhung von einer Mark pro Woche und Mitglied ab 1. Oktober vorzuschlagen. Nach eingehender Debatte beschloß die Generalversammlung gegen wenige Stimmen den Beitrag für männliche Mitglieder ab 1. Oktober 1921 auf 5 M. und für Frauen auf 3 M. wöchentlich festzusetzen. Weibliche Mitglieder unter 17 Jahren zahlen die bisherigen Beiträge.

Die Generalversammlung nahm dann Stellung zu den letzten Tarifverhandlungen in der chemischen Industrie. Zu den noch offenen Punkten, namentlich der Arbeitszeitverlängerung für die Betriebe, die an Sonnabenden weniger als 8 Stunden arbeiten, obwohl volle Zeit bezahlt wird, hat die Verhandlungskommission den Arbeitgebern vorgeschlagen, die wöchentliche Arbeitszeit einheitlich festzusetzen, wobei sowohl die einzelnen Unternehmer wie die einzelnen Arbeiter Opfer bringen müssen. Nach kurzer Debatte stimmte die Generalversammlung einem Vorschlage des Bevollmächtigten Reimann einstimmig zu und beauftragte die Ortsverwaltung, auf dessen Grundlage die Verhandlungen zu führen.

## Achtung, Maß- und Reparaturschuhmacher Groß-Berlins!

Die Verhandlungen mit den Schuhmachereinnungen Groß-Berlins haben stattgefunden. Unsere Kollegenschaft nimmt zum Angebot der Arbeitgeber in einer Branchenversammlung am Mittwoch, abends 7/8 Uhr, im Englischen Hof, Alexanderstr. 27a, Stellung. Abstimmung über Annahme oder Ablehnung. Kollegen, erscheint vollzählig. Die Branchenleitung.

## Neue Löhne der Spirituarbeiter.

Die in den Reichsmonopolverwertungsstellen für Branntwein beschäftigten Arbeitnehmer haben ihr Lohnabkommen zum 6. September gekündigt. Eine Verhandlung zwischen Organisationsleitung der Lohnkommission mit der Tariffkommission des Arbeitgeberverbandes der Getränkeindustrie hatte folgendes Ergebnis:

Es erhalten ab 2. September 1921: Ungelehrte Arbeiter, z. B. auch Lager- und Hofarbeiter, Wächter, Portiers, Stakleute 370 M., Kutscher 370 M., Handwerker aller Art, einschließlich Maschinenisten, Heizer, Apparateführer und Kraftwagenführer 380 M., Arbeiterinnen 270 M. Für das Tourenpersonal werden die Tourengehälter erhöht.

Mit diesem Vorschlag beschäftigte sich eine Spirituarbeiterversammlung, die das Angebot der Arbeitgeber nach längerer Diskussion mit großer Mehrheit annahm. Das Abkommen gilt bis zum 31. Dezember 1921 und ist erstmalig am 30. November 1921 kündbar.

Der Streik im Biergarten-Hotel dauert an. Dem Unternehmer ist es gelungen, sechs Streikbrecher als Kellner von der gelben Streikbrecherorganisation „Deutscher Hotel- und Gastwirtsangestelltenverband“, Linienstraße 155, zu erhalten. Daraufhin haben die Musiker die Arbeit niedergelegt. Der Unternehmer Bindemann, sowie auch die bürgerliche Presse versuchen, diesen Streik als wilden hinzustellen. Dies ist nicht der Fall, sondern der Streik ist von der Organisation ganz besonders aus dem Grunde sanktioniert worden, weil der Inhaber die beruflichen und geschäftlichen Vertreter der Angestellten auf die Straße gesetzt hat.

Es wird nach wie vor erjucht, jeglichen Zutritt zum dem bestrittenen Hotelbetrieb fern zu halten.

Achtung, Blaser. Heute früh alle arbeitslosen Kollegen zum Arbeitsnachweis! Es werden 40 Kollegen nach Ludwigsplatz am Rhein verlangt.

In der Rügenwalder Wurst- und Fleischkonservenfabrik von Georg Schmidtals werden die Arbeiter mit einem Hungerlohn von 3,30 M. pro Stunde abgespeist. Die Arbeiter forderten einen Stundenlohn von 4,50 M., und während die übrigen Wurstfabriken am Orte diesen Lohn bereits seit 6 Wochen zahlen, antwortet die Firma nicht einmal auf die Schreiben der Organisationsleitung. Einem Vertreter des Fleischerverbandes, der persönlich darauf den Versuch unternahm, Herrn Schmidtals aufzusuchen, wurde einfach erklärt, die Firma verhandelt nicht mit der Organisation. Die Beschäftigten sind aber restlos im Zentralverband der Fleischer organisiert und haben einstimmig beschlossen, jedes gewerkschaftliche Kampfmittel anzuwenden, um ihren bescheidenen Forderungen Anerkennung zu verschaffen.

Im Geraer Bezirk streiken seit dem 20. d. M. insgesamt etwa 500 Färbereiarbeiter. Daraufhin beschloßen die Unternehmer, am Donnerstag die Webereiarbeiter auszusperren, wenn bis Mittwoch früh die Färberei nicht wieder die Arbeit aufnehmen. Von der Aussperrung würden 12 000 bis 13 000 Webereiarbeiter betroffen. — Die in der Teppich- und Filzindustrie beschäftigten Arbeiter streiken ebenfalls im Streik.

Die höchsten Jarwerke wurden am Sonntag von der Arbeiterschaft besetzt. Angestellte und Beamte, die Montag früh zur Arbeit erschienen, wurden von den Arbeiterwachen am Betreten der Werke gehindert. Die Ruhe ist jedoch nirgends gestört. Der Betrieb in den zum Werk gehörenden lebenswichtigen Abteilungen wird von den Arbeitern aufrechterhalten. Der französische Kreisdelegierte erließ einen Aufruf an die Arbeiterschaft, worin er ersucht, jeden Gewaltakt zu vermeiden. In den Streit zwischen der Direktion und den Arbeitern mische er sich nicht ein.

Gewerkschaftsleiter. Für die Vertretung „Eden Lambert“, Schanzel von Boaner, im Reiberg-Theater, Blumenstraße, Sonntag, den 2. Oktober, nachmittags 3 Uhr, können Einzelfkarten zu stark ermäßigtem Eintrittspreis in unserem Bureau, Engelstraße 25, 1. Lobby, Zimmer 15, werktäglich nachmittags von 4 bis 7 Uhr, in Empfang genommen werden. Gewerkschaftskommission Kraftbau, Mittwoch abends 7 1/2 Uhr bei Kallhoff, Petrisstraße 9, Hof-Tonnaustraße, wädhler Sitzung. Gewerkschaftsverband, Mittwoch 6 Uhr Versammlung aller Betriebsräte im Gewerkschaftshaus, Canal 10.

Veranlt. für den rebatit. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Gluck, Berlin. Verlag: Bornhörs-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Gust. Gluck u. Co., Berlin, Lindenstr. 3, Straß 1. Berlin.

## Die Nachmittagsunterhaltungen im Kaffee Zielka

Friedrichstr. 59/60, Ecke Leipziger Straße, haben nunmehr wieder ihren Anfang genommen und ihre bewährte Anziehungskraft auf das Publikum ausgeübt. Besonders erzielen die originellen und phantastischen Tanzvorführungen sowie die sehr lustigen, witzigen Vorträge außerordentlich starken Beifall. Der Eintritt ist frei. Beginn 4 1/2 Uhr.

## DUNLOP

### Gummibereifung

**Die Weltmarke bürgt für Qualität!**

---

## Stoffe

für Herren- und Damen-Bekleidung  
beste Fabr., gr. Auswahl, Verk. meterweise

### Koch & Seeland

G. m. b. H.  
Gortraudenstraße 20-21.

# Ganz besonders billiges Angebot

<h3>Gardinen</h3> <p>5<sup>75</sup> 9<sup>50</sup> 14<sup>00</sup></p> <p>Allover-Net 14<sup>50</sup> 16<sup>50</sup> 19<sup>50</sup></p> <p>Halb-Stores 52<sup>00</sup> 68<sup>00</sup> 85<sup>00</sup></p> <p>Künstlergarnituren 68<sup>00</sup> 95<sup>00</sup> 142<sup>00</sup></p> <p>Belldecken 55<sup>00</sup> 75<sup>00</sup> 98<sup>00</sup></p> <p>128<sup>00</sup> 145<sup>00</sup> 185<sup>00</sup></p>	<h3>Teppiche und Läufer</h3> <p>Prima Velours ca. 170x240 895<sup>00</sup> ca. 200x300 1375<sup>00</sup> ca. 250x350 1975<sup>00</sup></p> <p>Extra prima Velours ca. 170x240 1100<sup>00</sup> ca. 200x300 1675<sup>00</sup> ca. 250x350 2600<sup>00</sup></p> <p>Passende Vorlagen und Brücken ca. 60x120 175<sup>00</sup> ca. 65x130 245<sup>00</sup></p> <p>Teppiche Deutscher Wollperser Brücken ca. 206x330 1500<sup>00</sup> ca. 250x350 2250<sup>00</sup> ca. 300x400 3000<sup>00</sup> ca. 60x120 150<sup>00</sup> ca. 90x180 380<sup>00</sup> ca. 125x275 800<sup>00</sup></p> <p>Läufer 67 cm breit, doppelseitig, schwarze Qualität, 1 Meter 38<sup>00</sup> 90 cm breit, 1 Meter 52<sup>00</sup></p> <p>Linoleum-Läufer 67 cm br., 1 Meter 59<sup>00</sup> 90 cm br., 1 Meter 80<sup>00</sup> 110 cm br., 1 Meter 100<sup>00</sup> 200 cm br., 1 Meter 170<sup>00</sup></p>	<h3>Decken</h3> <p>Tischdecken <small>Kordellines, dekurbelt</small> 56<sup>00</sup> 85<sup>00</sup> 125<sup>00</sup></p> <p>Gewebte Tischdecken 98<sup>00</sup> 120<sup>00</sup> 145<sup>00</sup></p> <p>Diwanddecken <small>doppelseitig</small> 138<sup>00</sup> 165<sup>00</sup> 225<sup>00</sup></p> <p>Gobelin-Diwanddecken 285<sup>00</sup> 340<sup>00</sup> 450<sup>00</sup></p> <p>Mokette-Diwanddecken 690<sup>00</sup> 950<sup>00</sup> 1450<sup>00</sup></p> <p>Diwan-Rückwand <small>mit Frans.</small> 98<sup>00</sup> 135<sup>00</sup> 175<sup>00</sup></p>	<h3>Ruhebetten</h3> <p>Truhenbett D. R. G. M. Nr. 755 263, stark gebaut, als Truhe und Bettstell verwendbar... 195<sup>00</sup> 215<sup>00</sup></p> <p>Truhenbett D. R. G. M. Nr. 755 263, mit Bettmatt. 475<sup>00</sup></p> <p>Ruhebetten bund, mit Rollen, prima Verarbeitung... 425<sup>00</sup> 265<sup>00</sup></p> <p>Kinder-Bettstell weiss lackiert, 70x140, mit Stahlglieder-Matratze, von beiden Seiten abklappbar 315<sup>00</sup> 325<sup>00</sup></p> <p>Bettstellen Größe 90x190, mit Stahlglieder-Matratze, Bögelform, stark gebaut, schwarz oder weiss lackiert 275<sup>00</sup></p> <p>Matratzen in grosser Auswahl von einfachster bis zu bester Ausführung</p>
---	--	--	---

# HERMANN TIETZ

in unseren drei Häusern

Groß-Berlin

Hilfe bei der Berufswahl.

In Berlin haben, wenn die Zeit der Schulentlassungen näher kommt, alljährlich Zehntausende von Familien die Frage zu beantworten, was der Junge und das Mädchen werden sollen.

Den Grundstock des Berliner Berufsamtes bilden zwei schon seit 1912 in Berlin bestehende Einrichtungen, die beide mit Personal und Inventar von der Stadt übernommen wurden: die Zentralstelle für Lehrstellenvermittlung beim Verband märkischer Arbeitnachweise und die Anstaltsstelle für Frauenberufe.

Das Berufsamt hat aus Vertretern aller interessierten Kreise (Gewerkschaften, Handwerks-, Handels- und Landwirtschaftskammern, Lehrerschaft, Medizinern usw.) einen Beirat. Seine sechs Sachverständigen beschäftigen die Beihilfsfragen in Handwerk und Industrie, in Handel und Bureau, in der Landwirtschaft, die Frauenberufsfragen, die Madamerberufsstellen, die Fürsorge für Körperlich und geistig Anormale.

Fräulein.

Von Paul Enderling.

Copyright, 1920, by J. G. Cottasche Buchhandlung Nachf. Stuttgart u. Berlin

Dies hatte die Ansicht seiner Examinatoren über ihn nicht gebessert. „Ist es nicht ein Unglück?“ hatte Frau Görke gemurmelt.

„Ist es nicht ein Unglück?“ hatte Frau Görke gemurmelt. „Gibt es wohl noch eine Familie in Danzig, die so vom Unglück verfolgt ist?“

„Im nächsten Jahre hatte er glänzend als Zweiter und mit Ia bestanden.“

„Während all des Redens und Lachens dachte Hermann immer an den Brief, den Lothar ihm verberg.“

„Der Juristenberuf hat auch was Unmoralisches an sich. Entweder man muß jeden Spitzhaken rausreißen aus der wohlgeordneten Schlinge, oder man muß jeden anständigen Menschen hinter die schwedischen Gardinen bringen können.“

„Den Befähigungsnachweis würde ich nie erbringen... Dein Goldwasser ist übrigens gut... Und weißt du nicht, daß der tägliche Umgang mit Verbrechern abfärbt?“

Lothar stand auf und ging ärgerlich auf und ab. „Nein, das weiß ich nicht. Ich meine vielmehr, daß du nicht weißt, was du willst.“

„Das stimmt. Das wissen nur Leute ohne Phantasie.“

„Geht das auf mich?“

Hermann erwiderte ihm bei der Hand. „Du bist eine Ausnahme unter den Kindern der Welt; unter den Kindern dieser Stadt.“

Lothar sah ihn lächelnd an. „Und dabei bist du heidenfroh, wenn du wieder hierher kommst.“

„In diese Enge?“

Hermann belogte sich nicht selbst. „Soll ich dir deine Briefe vorlesen?“ Hermann stand auf. Er trat an das Klavier, öffnete es und ließ ein paar Takte erklingen.

„Ja,“ sagte er leise, ohne Lothar anzusehen. „Sie ist mir die schönste der Städte. Sie ist mir wie ein liebendes Weib: sie peiniget und quält dich mit ihrer Liebe, so lange du an ihrem Herzen ruhest, bis du blutest. Bis du sie verläßt. Und streckt dann die Arme nach dir, stieflos, demütig, betörend. Dann brennt es dir in der Seele, dann hungerst und dürstest du. Und möchtest dir die Flüsse mundwandern, um wieder an den Weiden zu stehen vor den Wälden und der verklauenden Silhouette der hundert Türme, um den Klara der Gloden zu hören und das Rauschen der weiten, weiten Wälder und das

in Kontor, Lager und Laden, in Betrieben für Schneiderei, Schuhmacherei und Näherei aller Art. Das Berufsamt hat auch in 254 Elternbesprechungen und Elternbeiratsitzungen, in 103 Schulbesprechungen mit den Kindern, in 62 Versammlungen der Innungen und der Handwerkskammer möglichste Aufklärung über die Berufswahl zu verbreiten gesucht.

Ein Hauptaugenmerk ist darauf zu richten, daß die Berufsberatung nicht Massenabfertigung wird, sondern in gründ-

SPD.

Allgemeine Funktionärerversammlung

am Donnerstag, den 29. September, abends 6 Uhr, im Kriegervereinshaus, Chausseest. 94.

Tagesordnung:

Stellungnahme zu den Beschlüssen des Parteitag in Göttingen. Referenten: Franz Krüger u. Heinrich Ströbel.

Mitgliedsbuch und Funktionärkarte müssen vorgezeigt werden. Der Bezirksvorstand.

licht individueller Behandlung die körperliche, geistige und sittliche Eignung der Unterzubringenden erfasst. Die Notwendigkeit des Berufsamtes für Berlin und seine Bewährung ergeben sich aus den oben mitgeteilten Zahlen über die Inanspruchnahme im ersten Jahre.

Reklamewirkungen.

Eine neue Automobilrennbahn ist erbaut worden. — Eine sehr angenehme Nachricht für die Automobilfabriken, die ihre Wagen dem Käufer hier vorführen können.

Die größte Autorennbahn der Welt! — Auch eine angenehme Nachricht, die beweist, wie kapitalträchtig unsere Automobilindustrie trotz aller gegenteiligen Behauptungen ist.

Ein großes Automobilrennen wird auf der Bahn veranstaltet. — Dreifach angenehm. Erstens für die ausländischen Käufer, die nach dem Erfolg des Rennens Abschlüsse mit den steigenden Firmen machen werden und sich nun überzeugt haben, wie gut die gelieferte Ware ist.

Mit diesen drei Klassen: der Fabrikanten, der Käufer und der Hoteliers erschöpft sich das unmittelbare Interesse an der Autorennbahn, die ja nichts anderes als ein Geschäft ist wie tausend andere.

Das Berufsamt hat aus Vertretern aller interessierten Kreise (Gewerkschaften, Handwerks-, Handels- und Landwirtschaftskammern, Lehrerschaft, Medizinern usw.) einen Beirat. Seine sechs Sachverständigen beschäftigen die Beihilfsfragen in Handwerk und Industrie, in Handel und Bureau, in der Landwirtschaft, die Frauenberufsfragen, die Madamerberufsstellen, die Fürsorge für Körperlich und geistig Anormale.

pers ihn zu besonderen Leistungen befähigt, glaubt es dem Geschäftsmann.

Wie wenig jedoch ein solches körperliches Training mit dem Autorenrennen zu tun hat, sehen wir ja daran, daß kein einziger Wagen infolge der Ermattung des Führers, sondern alle wegen irgendeines Wagensdefektes ausfallen oder siegen. Wir erkennen daraus, daß das Autorenrennen nur eine technische Frage ist, und können von Glück sprechen, daß die Lokomotiven, die Straßenbahnen usw. nicht als Privatwagen benutzt werden, und deshalb nicht die Industrien zum Geschäftswettbewerb vor der Öffentlichkeit angeregt werden.

Die Neuföhrer Bekleidungsstelle.

Eine Niederlage der Kommunalisierungsgegner.

Vor dem Schöffengericht Tempelhof hatte sich gestern der Charlottenburger Stadtverordnete und ehemalige Reichstagskandidat der Deutschen Wirtschaftspartei Hermann Perl unter der Anklage der Beleidigung des Leiters der Neuföhrer städtischen Bekleidungsstelle Oberstadtschreiber Gutzjahr zu verantworten.

Der vom Rechtsanwalt Dr. Fuchs verteidigte Angeklagte war beschuldigt, im Juni vorigen Jahres öffentlich in einer Wahlversammlung des Bundes für Handel und Gewerbe Neuföhr den Leiter der städtischen Bekleidungsstelle den Vorwurf unredlicher Geschäftsführung und Bestechlichkeit gemacht zu haben. Er sollte erklärt haben: er wisse nicht, ob dieser Stadtschreiber nach seiner langen Beschäftigung bei der Bekleidungsstelle es heute noch nötig habe, weiter städtischer Beamter zu sein.

In der vom Abg. Müller-Franken einberufenen Wahlversammlung im Juni vorigen Jahres wurden mit großer Schärfe die angeblichen Mißstände besprochen, welche die Kommunalisierung der Neuföhrer Bekleidungsstelle zeitigt hätte. Perls Vernehmung der zahlreichen Zeugen kam es nicht, da der Angeklagte eine Erklärung zu Protokoll gab, daß er Herrn Gutzjahr nicht den Vorwurf der unredlichen Geschäftsführung und Bestechlichkeit gemacht habe und nicht machen wolle, auch keine Unterlage dafür habe.

Die Weiterbildung des Eisenbahners.

Lehrmittelausstellung der Eisenbahnschulen.

Zur Förderung der allgemeinen Bildung und der beruflichen Schulung des Eisenbahnpersonals haben, weil die von der Eisenbahnverwaltung eingerichteten Unterrichtskurse nicht genühten, die Eisenbahner selber sich ans Werk gemacht. Nachdem eine kleine Organisation im Frühjahr 1919 in Berlin den Versuch einer ersten eigenen Fachschule gewagt hatte und dann an anderen Orten daselbe geschehen war, beschloßen im Sommer 1920 die vier größten Eisenbahnerorganisationen, nämlich der Deutsche Eisenbahnerverband, die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter und der Allgemeine Eisenbahnerverband, einen Verband deutscher Eisenbahnschulen zu gründen.

„Ich war schon alt, als ich geboren wurde.“ Und dann, mit halbunterdrücktem Haß in der Stimme: „Kann man denn in diesem Hause jung sein?“

„Fräulein!“ rief von oben eine Stimme. „Sie hören: man ruft mich.“

„So gehen Sie doch nicht! Rebellen Sie doch! Rufen Sie doch zurück: Ich denke nicht daran, zu kommen.“

Sie lächelte. „Dann würde ich wohl nicht lange mehr hier bleiben.“

„Ja, ja.“ Er sah plötzlich so müde aus. „Man tut das hier nicht. Man revoltiert nicht. Sie haben vollkommen recht.“

„Nun muß ich gehen,“ brach Fräulein mit Anstrengung hervor.

„Ja, ja.“ Aber als sie vorbeilief, hielt er sie noch einmal an. „Nicht wahr, Sie heißen Sibylle?“ fragte er, sie groß ansehend.

„Aber nein!“ Fräulein lächelte. „Wie kommen Sie darauf?“

„Es ist nur, weil wir gewettet haben,“ stotterte Hermann und ging die Treppe hinunter.

„Du heißt doch Sibylle,“ sagte er leise vor sich hin. Und in seinen Augen entglomm ein Licht. „Sibylle... Sibylle...“

Liebende.

„Tu, tu, tuu“ machte der Dampfer. Die kleine Brücke wurde eingezogen, die Laue wurden vom Bollwerk mit einem Schwung gelöst, die Schraube arbeitete, das Wasser zu einem grünlich weißen Gischt gepeitscht wurde, und der Dampfer löste sich vom Ufer.

Fräulein war im letzten Moment noch aufgesprungen. Ritten im Strümpfstopfen war Frau Görke gekommen: Fräulein mußte nach Neufährwasser und ihrem Mann ein paar eben angelassene Briefe hinausbringen. In Neufährwasser war ein Nebenkontor der Görkeschen Expedition.

Fräulein hatte gehört, daß es sich um ein großes Auslandsgeschäft handelte. Sie hatte es auch Frau Görke schon angesehen, die in solcher Zeit von verdoppelter Nervosität war und doppelt parte; es war, als habe sie das Gefühl, sie könne durch Großsparsparnisse einen etwaigen Reisenerfolg an der Börse wieder weitmachen. In Alt-Schottland gab es einen Fleischer, der das Kalbsfleisch um zehn Pfennig billiger hergab; da mußte man durch die ganze Stadt hin, um es einzuhandeln; das hielt stundenlang auf, und in dieser Zeit mußte alles, was zu Hause war, doppelt arbeiten. Der Haushalt wurde in diesen Zeiten nicht leichter.

(Fortf. folgt.)

gleichmäßige Branden des Meeres, das wie eine streichelnde Hand dich ruhig macht. Ruhig, still, fromm. Adagio consolante.“

Lothar streckte ihm beide Hände entgegen. „Du bist ein Dichter, Hermann.“

„Glaubst du's auch? Dann mußt du mir viel verzeihen können. Denn wir haben's schwer auf Erden...“

Lothar sah ihn lange an. „Ich möchte dir gerne helfen. Ich glaube auch, man muß dir helfen.“

„Nein, nein.“

„Und deine Zukunft, Hermann? Wie stellst du sie dir vor?“

„Meine Zukunft? Ach, das ist mir ein ferner Begriff. Ich sehe ihr mit einer Art höflicher Neugierde entgegen. Ich gehe ihr ohne Sehnsucht und ohne Anstrengungen entgegen.“

„Auch ohne Wünsche?“

„Nein,“ sagte Hermann, „denn ich liebe...“ Und es klang, als hätte etwas in ihm gesprochen, gegen seinen Willen. Lothar griff zum Hut. „Wir wollen gehen. Ist's dir recht?“

„Wohin?“

„An die See, an den Strand, nach Bröfen.“

„Ja.“

„Warte noch einen Augenblick. Ich habe noch etwas mit meiner Wirtin zu besprechen.“

Als Hermann allein war, trat er an den Schreibtisch und betrachtete die Zeichnungen Lothars. Mechanisch schob er die Papiere durcheinander. Da kam ihm das Kuvert mit der Stadtmärke vor die Augen. Er las die Adresse; den Brief, der halb herausgesteckt, berührte er nicht. Aber die Adresse las er wieder und wieder.

Es war eine Frauenhandschrift, eine sanguinische Mädchenhandschrift. Er prägte sich diese Schrift genau ein, und sonderbarerweise empfand er etwas wie Schmerz dabei...

Als Hermann abends nach Hause kam, begegnete ihm Fräulein auf der Treppe. Er blieb stehen.

„Sie sind so blaß,“ sagte er. „Ruhen Sie sich doch einmal aus!“

„Wann?“ fragte sie. „Sie sind so blaß,“ wiederholte er mir.

Sie wollte abtönen. „Wie hat Ihnen denn der erste Tag in der Heimat getan?“

„Woh! und wehe zugleich. Wie immer. Wie jeder Tag.“

„Sie sind doch so jung, Herr Görke.“





